



ANTIBERLINER

Kampfblatt für antifaschistischen Lifestyle // Nr. 18 // Juni/Juli 2008

2 MYTHOS I. War das buddhistische »alte Tibet« wirklich das Paradies auf Erden?

4 MYTHOS II. Verhungern in Afrika Kinder, weil ich meinen Teller nicht aufesse?

6 MYTHOS III. Bleiben bei den olympischen Spielen die Arbeitsrechte aussen vor?





ANTIBERLINER

Kampfblatt für antifaschistischen Lifestyle // Nr. 18 // Juni/Juli 2008

2 MYTHOS I. War das buddhistische »alte Tibet« wirklich das Paradies auf Erden?

4 MYTHOS II. Verhungern in Afrika Kinder, weil ich meinen Teller nicht aufesse?

6 MYTHOS III. Bleiben bei den olympischen Spielen die Arbeitsrechte aussen vor?



■ In eigener Sache



Der Anti-berliner ist eine Zeitung für linke Politik

und Kultur, die alle zwei bis drei Monate erscheint und kostenlos in Berlin verteilt wird. Oft werden wir verständnislos nach unserem Namen gefragt und was wir denn gegen die Berliner hätten. Dabei leben wir sogar sehr gern in Berlin. Ihren Namen hat die Zeitung vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der die Kreuzberger als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel also für anständige Berliner ...

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de www.antiberliner.de
- Unterstützt von: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionsskollektivs wider



Romantische Verklärung

Das Bild des »alten Tibet«, wie es, verbreitet über unzählige Bücher und Schriften, heute im Westen geläufig ist, zeigt das eines Paradieses auf Erden – des mythischen Shangri-La –, das den Menschen ein glückliches und zufriedenes Leben in Einklang mit sich selbst, der Natur und den Göttern zu führen erlaubt habe. Mit der Besetzung Tibets durch die Chinesen im Jahre 1950 sei dieses Paradies unwiederbringlich zerstört worden

Die moderne Geschichtsschreibung weiss längst, dass das »alte Tibet« keineswegs die »friedvolle und harmonische Gesellschaft« darstellte, die der Dalai Lama und seine westlichen Anhänger ständig beschwören. Für die grosse Masse der Bevölkerung bedeutete das Leben tatsächlich jene »Hölle auf Erden«, die zu beenden die chinesische Volksbefreiungsarmee als revolutionäre Verpflichtung und legitimen Grund ansah für den Einmarsch von 1950.

Knechtschaft und Sklaverei

Die herrschende Mönchselite beutete Land und Menschen mit Hilfe eines weitverzweigten Netzes an Klostereinrichtungen und monastischen Zwingburgen gnadenlos aus. Bitterste Armut und Hunger durchherrschten den Alltag in Tibet. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen lebte unter indiskutablen Bedingungen, ihre Behausungen und ihre Ernährung waren katastrophal.

Steuer-, Fron- und Abgabenlasten drückten sie unter die Möglichkeit menschenwürdiger Existenz. Schuldknechtschaft und Sklaverei war im »alten Tibet« gang und gäbe. Es gab außerhalb der Klöster keine Schulen und keinerlei Gesundheitsversorgung; die Säuglingssterblichkeit lag bei fast 50 Prozent, die mittlere Lebenserwartung Erwachsener bei 35 Jahren.

Privilegierte beziehungsweise benachteiligte Lebensumstände

wurden erklärt und gerechtfertigt durch die buddhistische Karmalehre, derzufolge das gegenwärtige Leben sich als Ergebnis angesammelten Verdienstes respektive aufgehäufter Schuld früherer Leben darstelle. Das Strafrecht des Priesterstaates zeichnete sich durch Willkür und unglaubliche Grausamkeit aus. Unbotmäßigen wurde bei lebendigem Leibe die Haut abgezogen, bei leichteren Vergehen stach man ihnen die Augen aus oder hackte ihnen die Hände ab. Jedes Kloster verfügte über eine eigene Folterkammer.

Der Dalai Lama räumt neuerdings ein, das feudale Tibet sei »sicherlich nicht vollkommen« gewesen. Damit hat's sich aber an Selbstkritik. Die elenden Lebensbedingungen der Masse des Volkes unter dem Joch des Mönchsregimes blendet er komplett aus. Wortreich beschönigt er diese Zustände und nährt damit die ro-

mantische West-Verklärung des alten Tibet.

Sekte der Gelbmützen

Diese verklärende Sicht basiert wesentlich auf Unkenntnis der historischen Gegebenheiten. Der theokratische Feudalismus Tibets bestand in seiner bis 1950 herrschenden Form seit Mitte des 17. Jahrhunderts, als es der militanten »Gelbmützen-Sekte« mit Hilfe der Mongolen gelang, sämtliche innenpolitischen Gegner auszuschalten. Der seinerzeitige Anführer der Gelbmützen, bekannt als der »Grosse Fünfte Dalai Lama«, erklärte sich in der Folge zur höchsten geistlichen und weltlichen Autorität des Landes. Obwohl Tibet 1720 dem Militärprotectorat der Mandschu zugeordnet wurde und ab 1793 vollends zum Vasallenstaat Chinas geworden war, behielt das Regime der Lamas nach innen uneingeschränkte Macht.

Der chinesische Einmarsch in Tibet von 1950 gründet mithin in eben diesem geschichtlich hergeleiteten – und sozusagen aus dem Kaiserreich ererbten – Selbstverständnis der Volksrepublik China. Aus der Sicht Beijings galt und gilt Tibet seit je und spätestens seit 1920 als untrennbar



Lieblingsgelbmützen von Merkel & Co.



rer Bestandteil des chinesischen Territoriums.

Propaganda des Dalai Lama

Die im Zuge der Kulturrevolution in den 1960er Jahren von der Volksbefreiungsarmee in Tibet verübten Gewalt- und Zerstörungsakte sind durch nichts zu rechtfertigen und zu entschuldigen. Dennoch ist den exiltibetischen Verlautbarungen und denen der internationalen Tibet-Unterstützerszene prinzipiell nicht zu trauen: Sie sind, sofern sie nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, in der Regel heillos übertrieben oder beziehen sich auf längst nicht mehr aktuelles Geschehen. Die Behauptung des Dalai Lama, das

»tägliche Leben der Tibeter im eigenen Land« sei bestimmt durch »Folter, psychischen Terror, Diskriminierung und totale Missachtung der Menschenwürde« ist reine Propaganda zur Sammlung von Sympathiepunkten beziehungsweise von Spendengeldern; solche Anwürfe spiegeln, ungeachtet notwendiger Kritik an der chinesischen Militärdiktatur, nicht die gegenwärtige Realität Tibets wider. Auch die Behauptung »kulturellen Genozids« durch »Überflutung des Landes mit chinesischen Siedlern« entspricht nicht den Tatsachen.

Der Dalai Lama war und ist demokratisch durch nichts legitimiert. Entgegen aller Propaganda

kommt ihm heute allenfalls noch die Rolle eines geistlichen Oberhauptes jener Teile der tibetischen Bevölkerung zu, die sich zur Gelbmützensekte und zu ihm bekennen. Und das sind weitaus weniger Menschen, als er und seine westliche Anhängerschaft meinen oder großsprecherisch vorgeben; insbesondere sind es weit weniger, als die aus Mönchskreisen heraus inszenierten Krawalle im März dieses Jahres vermuten lassen. Für das Gros der ethnisch-tibetischen Bevölkerung inner- und außerhalb der Autonomen Region Tibet sind der Dalai Lama und seine im nordindischen Dharamsala ansässige »Exilregierung« völlig bedeutungslos. Colin Goldner

◆ Colin Goldners Buch »Dalai Lama – Fall eines Gottkönigs« erscheint im Juni 2008 in aktualisierter Neuauflage bei Alibri/Aschaffenburg

◆ Vortrag von Goldner zum Dalai Lama: 4. Juli 2008, 19.30 Uhr, JW-Galerie, Torstraße 6 (Nähe Rosa-Luxemburg-Platz)

■ Aufgemotzte Armut



Laut des aktuellen Armutsberichts der Bundesregierung geht die soziale Kluft weiter auseinander: Demnach lebt heute jeder achte Bundesbürger in Armut. Andere Erhebungen wie das sozioökonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) verzeichnen einen deutlich höheren Anstieg der Armutsquote – eine Steigerung von 12 Prozent im Jahr 2000, auf 18 Prozent im Jahr 2006. Dies ist u.a. darauf zurück zu führen, dass die Regierung im Jahr 2003 die Armuts-grenze auf 938 Euro festlegte, bei der neuen Studie liegt die Grenze bei 781 Euro, dass sind fast 150 Euro Unterschied.

■ Arm trotz Arbeit

Immer mehr arbeiten in der BRD für ein sehr niedriges Einkommen. Innerhalb eines Jahrzehnts stieg der Anteil der Geringverdiener von 15 auf 22,2 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. 2006 arbeiteten insgesamt 1,9 Millionen Menschen für einen Stundenlohn unter fünf Euro.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Das Schwein«

Ein Jeder hat das Schwein gesehen, dickes fettes Schwein gesehen, jeder hat das Schwein gesehen und jeder hat gelacht..«, so in etwa der Text eines hervorragenden Pogosongs der Band Klischee.

Mit den Schweinen ist das ja so eine Sache, die Einen betrachten sie als unreine Tiere, andere halten sie dagegen für recht sauber und in Intelligenztests haben sie wohl mal gar nicht so schlecht abgeschnitten. Aus »Snatch-Schweine und Diamanten« wissen wir: »Acht Schweine fressen eine Leiche von 200 Pfund in acht Minuten«. Hier wird also die positiv konnotierte Schnelligkeit mit dem eher negativ belasteten Menschenfressen verbunden. Das klingt etwas gruselig und lässt vielleicht alte Ängste von Monstern unter dem Bett wieder aufkeimen. Jüngst lernten wir aus der Monsternkategorie eine neue Art kennen, eine, die so mancher vielleicht eher vulgär noch eben als Schwein bezeichnet hätte. Nicht so der Mann, den die Titanic

einst, einer anderen Tiergruppe zugehörig wähnend, vorstellte als »Hundepräsident Horst Köter«. Der äußerte sich mit Bezug auf die aktuelle Wirtschaftskrise und geißelte die Finanzmärkte eben als Monster. Schon interessant wenn man sich einmal in Erinnerung ruft, dass eben jener vor gar nicht allzu langer Zeit Präsident eines Vereins war, der Internationaler Währungsfonds (IWF) hieß. Gerade unter der Ägide dieses Hundes änderte der IWF seine Geldvergabepolitik dahingehend, dass Kredite fortan an strikte Umstrukturierungsmaßnahmen gekoppelt wurden, die der Spekulation und dem schnellen Fluss exorbitanter Geldmengen Tür und Tor öffneten. Aus dessen Mund (Maul wäre jetzt zu reißerisch, meine Tiervergleiche dürfen ja schon den Rahmen der Kolumne nicht verlassen) erklingt jetzt – frei nach dem Motto »Apfelsaft ist großer Mist, wenn er ausgesoffen ist« – ein Gequieke, das scheinheiliger kaum sein könnte.

Die »Welternährungskrise« – Rückkehr der Untoten

Anfang des Jahres 2008 wurde das Thema »Welternährung« auf einmal wieder hochbrisant. Der *Spiegel* titelte in einem Dossier mit der Schlagzeile »Der hungrige Planet« und wies auf die Zusammenhänge zwischen Versorgungsengpässen bei »Rohstoffen« (wie Weizen und Mais auf einmal hießen) für die Produktion von so genannten Bio-Treibstoffen und einer zunehmend kritischen Ernährungslage in vielen Gebieten der Welt hin. Weil eine steigende Nachfrage nach diesen Gütern die Preise extrem belastete, sei mit einer neuen »Welternährungskrise« zu rechnen



Die Grenzen verlaufen nicht durch Friedrichshain und Kreuzberg, sondern zwischen oben und unten

Bereits 2007 hatte dieses Thema international während der so genannten »Tortilla-Krise« in Mexiko für Aufsehen gesorgt. Weil die Preise für Maismehl, eines der Grundnahrungsmittel in Mittelamerika, drastisch gestiegen waren, machten viele MexikanerInnen ihrem Ärger Luft und protestierten teilweise gewalttätig gegen die »Schattenseiten des Biospritbooms«. Gut ein Jahr später brachten erneute Unruhen auf Grund von Nahrungsengpässen, bzw. extremen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln, unter anderem in Haiti, Ägypten und Indonesien, das Thema »Hunger« wieder auf die mediale Agenda. Die *FAZ* titelte »Der Hunger meldet sich zurück« und die *Süddeutsche Zeitung* meldete die »Rückkehr eines Gespenstes«. Beide Überschriften sind vor dem Hintergrund der Tatsache, dass laut Statistiken der Food and Agriculture Organization (FAO) seit mehr als einem halben Jahrhundert durchschnittlich über ein Fünftel der Weltbevölkerung hungrig oder mangelernährt ist, genauso reißerisch wie grundfalsch.

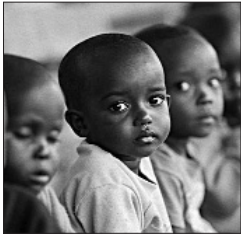
Alte Hütte

Das eigentlich bemerkenswerte an der aktuellen Debatte ist nicht ihr Neuheitswert, sondern die Tatsache, dass das Jahrzehnte alte »Märchen vom strukturellen Nahrungsmangel«, ganz plötzlich und unter leicht veränderten Vorzeichen erneut aus seinem »Verlies für Verlegenheitsschlagzeilen« ans Tageslicht entlassen wurde. Es lohnt sich daher, den Blick zurück zu richten auf die späten 50er Jahre in der BRD; Zurück auf eine inzwischen wieder wohlgenährte deutsche Bevölkerung, die, (die Erinnerungen an die Nahrungsengpässe der Nachkriegsjahre noch schemenhaft im Hinterkopf)

fast verwundert feststellte, dass nicht überall auf der Welt Kartoffelschneidemaschinen die Kartoffeln auf Einheitsgröße schälten, sondern Hunger und Mangelernährung einen großen Teil der Bevölkerung in den damals so genannten »unterentwickelten Ländern« betraf. Obwohl die BRD bereits 1950 der FAO beigetreten war, die 1945 mit dem Ziel angetreten war, den weltweiten Hunger zu »besiegen«, war die Informationslage in Westdeutschland zunächst spärlich. Doch der Tenor der Aussagen einiger weniger »Experten« ließ Schlimmes erahnen: Millionen hungernder Menschen, die sich unkontrolliert vermehrten, seien drauf und dran die Erde kahl zu fressen. Mit Hilfe von vermeintlich hieb- und stichfesten Statistiken wurde belegt, dass zu wenig Nahrung für die bis zu acht Milliarden Menschen, die bis zum Jahre 2000 den Planeten bevölkern könnten, vorhanden sein würde. Die Schließung der »Kalorien- und Eiweißlücke« (wie die Tatsache, dass jährlich hunderttausende Menschen an Hunger oder hungerinduzierten Krankheiten starben, im Fachjargon genannt wurde) wurde entsprechend zum hohen Ziel erklärt.

$X+Y (+N) = \text{Weltfrieden}$

Die Lösungsformel war so einfach wie naiv: Geburtenzahlen in den Entwicklungsländern runter, Nahrungsmittelerzeugung rauf und in der Zwischenzeit mit Nahrungsmittelhilfe »zufüttern«. An die erste Variable wurde sich mit Feuereifer gemacht, vor allem medial wurde die Bedrohung durch die so genannte »Bevölkerungsexplosion« aufbereitet. Der *Spiegel* titelte 1962: »Mehret euch nicht!« und drohte, dass Kriege und vagabundierende hungernde Massen auch die Industriestaaten überrollen könnten. Mit teilweise offen rassistischen



Stereotypen wurden Ängste vor »Überbevölkerung« geschürt, während auf politischer Ebene massiver Druck auf die Regierungen der »Entwicklungsländer« ausgeübt wurde, endlich eine »vernünftige« (das heißt den Industriestaaten genehme) Bevölkerungspolitik zu betreiben.

Die zweite Variable, die Erhöhung der Nahrungsmittelerzeugung in den »Entwicklungsländern«, gestaltete sich ebenfalls schwierig. Vor der Kulisse ruinös niedriger Weltmarktpreise, die über Jahrzehnte durch Exportsubventionen der Überschuss erzeugenden Staaten immer weiter gedrückt worden waren, war kostendeckende Landwirtschaft vielfach nicht möglich. Auch die »Grüne Revolution«, und der Einsatz von genetisch verändertem Saatgut brachten nur spärliche Erfolge und schufen vor allem zahlreiche neue Probleme. In Anbetracht der fortgesetzt fehlenden Kaufkraft der hungernden Menschen, bot sich als Maßnahme gegen »den akuten Hunger« vor allem die bereits angesprochene Nahrungsmittelhilfe an.

Gerade diese erwies sich vor allem für die Geberländer als Geschenk des Himmels. Denn bereits in den 20er Jahren hatten einige Staaten, allen voran die USA, Probleme mit überschüssigem Getreide, das die Binnenmärkte extrem belastete. Auf dem europäischen Markt führte die 1962 in Kraft getretene Gemeinsame Agrarpolitik ebenfalls sukzessive zu Überschüssen bei landwirtschaftlichen Produkten. Ab Ende der 60er Jahre wurde nach Lösungen für künftige »Milchseen« und »Butterberge« gesucht, die nicht nur sündhaft teures Ergebnis protektionistischer Agrarpolitik waren, sondern auch die Gemüter all derer erhitzen, die nicht einsehen wollten wieso in Europa und den USA Nahrung vergammelte, während »anderswo die Kinder verhungern«. Die Nahrungsmittelhilfe aus Überschussbeständen, die die USA seit 1954 unter dem wohlklingenden Titel »Food for Peace« lieferten, und die nach Bekunden des US-Präsidenten Eisenhower den Zweck hatte, die »Basis für eine dauerhafte Expansion unserer landwirtschaftlichen Exporte mit dauerhaften Vorteilen für uns und die Bevölkerungen anderer Länder« zu legen, wurde ab 1967 auch in der EWG eingeführt.

Landwirtschaftliche Überschüsse, letztlich unverkäuflicher Abfall, wurde in »Hungergebiete« gebracht, verschenkt oder zu verbilligten Preisen verkauft. Dass diese vermeintlich milde Gabe in den Empfängerländern vor allem die lokalen Märkte ruinierte, indem den ortsansässigen Produzenten konkurrenzlos billige Dumpingpro-

dukte vor die Nase gesetzt wurden, muss – ebenso wie der Einsatz dieser »Hilfen« als politisches Druckmittel der Geberländer – an anderer Stelle diskutiert werden.

Nicht Mangel sondern Politik

Die alleinige Existenz derartiger Nahrungsmittelhilfen in erheblichem Umfang verweist jedoch auf eine grundlegende Tatsache: Weniger fehlende Nahrung war das Problem, als vielmehr zunehmend überschüssige Lebensmittel. Das vorgebliche strukturelle »Weltnahrungsmitteldefizit« war letztlich niemals – weder vor 50 Jahren noch aktuell – ein wirkliches Mengenproblem. Das »Welternährungsproblem« war und ist ein Verteilungsproblem – damals wie heute geht es um politische Fragen. Selbst das Deutsche Bundesernährungsministerium fühlte sich 2002 bemüht zu schreiben: »Es ist deutlich geworden, dass Hunger weniger durch ein unzu-

reichendes Nahrungsmittelangebot als vielmehr durch den fehlenden Zugang der Menschen zu diesen Nahrungsmittelbeständen verursacht wird. Tatsächlich hatte die Welt bereits vor 50 Jahren infolge fehlender Kaufkraft ein Problem mit »Nahrungsmittelüberschüssen«.« Oder wie der Nobelpreisträger Amartya Sen es fasste: »Was wir essen können, hängt davon ab, was wir an Nahrung erwerben können. Das bloße Vorhandensein von Nahrungsmitteln in der Volkswirtschaft oder auf dem Markt berechtigt noch keinen Menschen, diese zu konsumieren.«

Dies lässt auch die aktuelle Debatte in einem anderen Licht erscheinen. Dass Mais und andere ehemalige Nahrungspflanzen heute zunehmend zur Ethanol- oder Biodieselproduktion verwandt werden oder direkt in Rindermägen wandern, liegt letztlich auch daran, dass dies sich rechnet. Wer den Zugang zu einer so grundlegenden Ressource wie Nahrung marktförmig organisieren will, der kann es nicht gleichzeitig unmoralisch finden, wenn Produzenten ihre Produkte an jene verkaufen, die dafür in harter Währung aufkommen. Und Fakt ist, dass hunderte Millionen Individuen weltweit genau das nicht können.

Wer essen will muss dafür bezahlen, so lautet die einfache Formel in arbeitsteilig organisierten kapitalistischen Gesellschaften. Und wer nichts bezahlen kann der darf nun mal auch nicht essen. Dass es im Kapitalismus immer Menschen geben wird, die nicht zahlen können und also auch nicht essen, ist allerdings nun mal kein ungünstiger Zufall sondern hat »System«. HW



Die Bewohner aus dem ehemals besetzten Haus »

■ Was kostet die Luft?

»Liberalisieren! Deregulieren! Privatisieren!« – der Schlachtruf der neoliberalen Offensive seit den 1970er Jahren.

Was hinter diesem weltweiten Programm der kapitalistischen Modernisierung steht und welche verheerenden Folgen es bisher mit sich brachte, zeigen eine Reihe von Autoren in dem neu erschienenen Heft »They gonna privatize the air«. Die Broschüre zum Thema Privatisierung, Stadtumstrukturierung und Widerstand hat Beiträge u.a. von Ingo Stützle & Sabine Nuss, Raul Zelik, Werner Rügemer, Alexis Passadakis, Thomas Seibert, Andrej Holm und Karin Baumert.

◆ 44 Seiten, DIN A5, zu bestellen unter: www.antifa-versand.de

■ Weltweite Aufrüstung

Deutschland hat es 2006 weltweit zum drittgrößten Rüstungsexporteur gebracht, so der Jahresbericht des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC), welcher Mitte Mai präsentiert wurde. Der Exportweltmeister liegt in Sachen Rüstung demnach hinter den USA und Russland. Insgesamt sei ein globaler Trend der Aufrüstung zu erkennen: Weltweit stiegen die Militärausgaben von 2001 bis 2006 um 30 Prozent auf etwa 1,179 Billionen Dollar.

Billiglohn und Zwangsarbeit

Die Olympischen Spiele stehen vor der Tür und während die ganze Welt über die schlechte Menschenrechtssituation in Tibet spricht, werden die erbärmlichen Bedingungen der vielen Menschen, welche beispielsweise in der internationalen Sportindustrie arbeiten müssen, kaum thematisiert



Adidas und Nike geben mehr Geld für Imagepflege als für Löhne aus

Fast alle Kleidungsstücke und Sportartikel, die in Europa und Nordamerika von den großen Bekleidungs- und Sportartikelfirmen verkauft werden, wurden nicht von diesen selbst hergestellt. Sie werden von Billigproduzenten in Südostasien, Mittelamerika und Osteuropa produziert. Hier befinden sich die billigsten Werkstätten für die billigsten Arbeitskräfte. Deswegen wurden inzwischen in rund 70 Ländern sogenannte Freihandelszonen bzw. Exportproduktionszonen geschaffen, in denen etwa 30 Millionen Menschen beschäftigt sind. Diese Zonen sind isolierte, steuer- und zollfreie Wirtschaftsräume. Den zuständigen Regierungen bleiben nur wenige Eingriffsrechte.

Ausbeutung pur!

Gemessen am Verkaufspreis eines Sportschuhmodells erhalten die Herstellerfirmen rund zwölf Prozent und müssen davon die Material- und Produktionskosten bestreiten. Die Näherin selbst erhält durchschnittlich nur etwa 0,4 Prozent des erzielten Preises für ihre Arbeit. Schätzungen gehen von zirka zwölf Millionen Kindern aus, die für die Herstellung von Exportprodukten aller Art schufteten müssen. Mehr als ein Hungerlohn

springt für die meist körperlich sehr anstrengende Arbeit nicht heraus. Mehrere Studien gehen von einem Stundenlohn von nicht mehr als zehn bis 15 US-Cents aus. Der Arbeitstag dauert oft länger als zehn Stunden an sechs bis sieben Tagen pro Woche. Überstunden werden nicht bezahlt. Krankenversicherung, gewerkschaftliche Rechte oder Schutzkleidung sind Fremdwörter. Tarifverträge existieren ebenfalls generell nicht. Gearbeitet wird in extrem staubigen und heißen Fabriken, die selten über eine Belüftung verfügen. Es gibt viele Berichte Betroffener von eingeschränkten Toilettengängen, körperlicher Bestrafung und sexueller Belästigung.

Keinen Ausweg?

Aufgrund von Druck seitens verschiedener Gewerkschaften, Kampagnen und Nichtregierungsorganisationen sahen sich viele große Unternehmen gezwungen, sogenannte »Codes of Conduct« einzurichten. Darin werden, relativ wage, verschiedene Arbeitsrechte proklamiert. Real sind diese jedoch vor allem eine marketingstrategische Überlegung. An den Arbeitsverhältnissen änderte sich nur wenig, da die Umsetzung dieser Codes meist den Zuliefer-

firmen zufällt. Zumeist erfolgt einfach eine Umschichtung innerhalb der Unternehmen. So werden dann beispielsweise Sicherheitsmaßnahmen für die ArbeiterInnen durch Überstunden oder Lohnkürzungen kompensiert. Der Konkurrenzkampf unter den einzelnen Zulieferfirmen tut sein Übriges und wenn es in einer Fabrik, bedingt durch Arbeitskämpfe, zu Verbesserungen kommen sollte, wird auch gerne mal die ganze Produktion verlegt. Studien zufolge geben die Markenfirmen Nike und Adidas fast zweimal soviel für ihre Imagepflege aus, wie für die Löhne ihrer sämtlichen 650.000 ArbeiterInnen weltweit.

Dass Menschenrechte immer auch mit den Arbeitsverhältnissen der Menschen verknüpft sein müssen, spielt im aktuellen öffentlichen Diskurs keine Rolle. Die Ursache dieser schlechten Arbeitsverhältnisse ist nicht etwa der Politik Chinas geschuldet, sondern entspricht dem globalen Wettbewerb. Und die Gesetze des Marktes werden auch weiterhin dafür sorgen, dass die Warenproduktion im globalen Süden für viele Millionen Menschen ein Leben unter unwürdigen Bedingungen bedeutet. Egal ob Tibet nun chinesisch bleibt, oder nicht.

Olympische Disziplin 1936

Vom 1. bis zum 16. August 1936 wurden die IX. Olympischen Sommerspiele in Berlin ausgetragen. Mit 49 teilnehmenden Nationen und 3961 Athleten stellten sie einen neuen Teilnehmerrekord auf. Zugleich waren sie ein vorläufiger Höhepunkt nationalsozialistischer Propagandainszenierung



Für Deutschland, das Angreifer und Verlierer des Ersten Weltkrieges war, bedeutete die Vergabe der Spiele nach Berlin eine Chance, sich als wieder erstarkte Nation präsentieren zu können. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war jedoch zunächst unsicher, ob die Spiele stattfinden konnten. Doch angesichts der propagandistischen Möglichkeiten, die eine erfolgreiche Durchführung der Spiele bieten würde, betonte Adolf Hitler, die Spiele so vollkommen wie möglich zu gestalten.

Internat. Boykottkomitee

Um die verschiedenen Aktivitäten gegen die Austragung der Nazi-Spiele zu koordinieren, gründete sich 1935 in Paris ein internationales Boykottkomitee: »Ein Regime, das sich stützt auf Zwangsarbeit und Massenversklavung; ein Regime, das den Krieg vorbereitet und nur durch verlogene Propaganda existiert, wie soll ein solches Regime den friedlichen Sport und freiheitlichen Sportler respektieren? Glauben Sie mir, diejenigen der internationalen

Sportler, die nach Berlin gehen, werden dort nichts anderes sein als Gladiatoren, Gefangene und Spaßmacher eines Diktators, der sich bereits als Herr dieser Welt fühlt.« Heinrich Mann bei der Konferenz zur Verteidigung der Olympischen Idee am 6. und 7. Juni 1936 in Paris.

Wohlvollen des IOC

Doch konnte sich die deutsche Regierung auf das Wohlvollen des IOC verlassen und garantierte einen freien Zugang »für alle Rassen und Konfessionen« in die Olympiamannschaften, um den Boykottbestrebungen entgegenzutreten. Die Rechnung ging auf. Der Schein sollte auch breitenwirksam aufrechterhalten werden: Wenige Wochen vor Eröffnung der Spiele wurde die deutsche Bevölkerung aufgerufen, durch besonders zuvorkommendes Verhalten gegenüber den Gästen der Olympischen Spiele »alle Vorurteile gegenüber dem deutschen Volk aus der Welt zu schaffen«. Um die internationalen Gäste über die Diskriminierung und Verfolgung der Juden in Deutschland zu täuschen, wurde die Ent-

fernung aller Schilder mit der Aufschrift »Juden unerwünscht« veranlasst. Für die Zeit der Spiele wurde der SA verboten, antisemitische Pogrome zu veranstalten und das Naziorgan *Der Stürmer* wurde unter Zensur gestellt.

Ästhetisches Kunstwerk

Mit den Olympischen Spielen konnte das von der NS-Ideologie geforderte »Heranzüchten kerngesunder Körper« für einen gesunden »Volkskörper« im Hinblick auf Wehrtüchtigung und Kriegseinsatz auf breiter Basis propagiert werden. Militarismus und Sport wurden zu einem ästhetischen Gesamtkunstwerk verschmolzen, bedienten euphorische Massenhysterie und ließen sich langfristig nutzen, indem sie wirksames Bild- und Filmmaterial produzierten, wie man in den Olympiafilmen von Leni Riefenstahl beobachten kann. Daneben war die Gelegenheit, mit diversen Baumaßnahmen wie dem Olympiastadion der ökonomischen Rezession zu begegnen, die Arbeitslosen zu verringern und auf diese Weise die Popularität der Regierung zu steigern, ein weiteres Motiv der Naziführung.

Während die NS-Propaganda das »Weltfriedensfest« feierte, entstand nahe Berlin zeitgleich das Konzentrationslager Sachsenhausen. Doch die Propaganda funktionierte offensichtlich – die meisten Gäste und Funktionäre sahen während der Olympischen Spiele nur das, was sie sehen sollten, nämlich ein perfekt durchgeführtes Massenspektakel nationalsozialistischer Propaganda.

■ Nazis morden

In der Nacht des 1. Mai 2008 wurde Nicola Tommasoli (29) in Verona (Italien) von Neonazis totgeschlagen, weil er die Frage nach einer Zigarette verneinte. Den fünf Tätern hingen bereits Verfahren wegen rassistischen Gewaltverbrechen an. Einer war im vergangenen Jahr sogar Kandidat der rechtsextremen Partei Forza Nuova, die Verbindungen zur NPD unterhält.

■ Brandenburgkampagne

Im Mai startete in Brandenburg eine Kampagne gegen den Einzug der NPD in die Kommunen. Es soll bis zum 28. September 2008, zu der stattfindenden Kommunalwahl viele Aktionen geben. Die Kampagne ist so ausgerichtet, dass jeder selber aktiv werden kann.

◆ Mehr: www.keine-stimmedennazis.de

■ Mit der Antifa zelten

Zur rechten Zeit am rechten Ort: Mit jeder Menge Veranstaltungen, Infos, Workshops, Kultur, Aktionen wird es ein Camp im Rheinland geben. Unter anderem wird der Begriff Faschismus erklärt oder Tricks gezeigt, wie man Naziaufmärsche blockieren kann. Auch für ein Kulturprogramm ist gesorgt.

◆ 25. bis 29. Juli, Leverkusen, mehr Infos unter: antifa-camp.de

Filmtipps

■ Widerstand auf Kreta

Der Film »Als die Deutschen vom Himmel fielen« erzählt vom Widerstand der Bevölkerung Kretas gegen die deutschen Truppen, die im Mai 1941 die Mittelmeerinsel angriffen. Für die Frauen, Männer und Kinder war es ein Kampf um Freiheit, gegen die Vernichtung ihrer Angehörigen und die Zerstörung der Dörfer. Der Kampf geht weiter, vor allem gegen die Wehrmachtsdenkmäler und deren Verherrlichung durch Bundeswehr und Veteranen.

♦ erhältlich bei:
www.antifa-versand.de

■ »Dinner for Four«



»Dinner for Four« erzählt die Geschichte der vier Asylbewerber Thierry aus Kamerun, Lan aus Vietnam, Carlos aus Peru und Nadjib aus Afghanistan, die eine Gemeinschaftsküche in einem Asylbewerberheim teilen und mit den eigenartigen Lebensweisen der anderen konfrontiert werden – und schließlich auch mit der deutschen Polizei, welche die Vier zu einem ganz besonderen Essen inspiriert.

♦ hindukushfilm.com

»Der Kampf findet ohne ihr System statt«

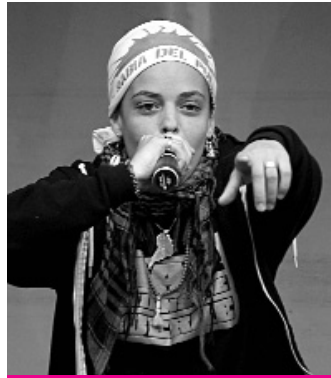
Mit ihrem Song »La rage« sprach die Rapperin Keny Arkana aus Marseille vielen aus dem Herzen. Am 1. Mai 2008 rappte sie erstmalig auch in Berlin. Der Antiberliner ergatterte ein Exklusivinterview mit ihr

Du gehörst zu den wenigen politischen Rapperinnen. Was war deine Motivation mit Hip-hop anzufangen?

Als ich angefangen habe, Texte zu schreiben, war ich dreizehn Jahre alt. Ich war in einem Heim und Schreiben war meine Art damit umzugehen und einen Fluchtweg zu finden. Und es war auch meine kleine Rebellion gegenüber den Heimbetreuern, die ich damit nerven konnte.

In Deinen Texten sprichst Dinge, die Dir in der globalisierten Welt nicht gefallen. Welche Rolle kann Musik einnehmen?

Ich glaube nicht, dass man mit Musik die Politik verändern kann. Wichtiger ist, mit der Musik die Menschen zu erreichen und ihnen zu zeigen, wie die Welt beschaffen ist, in der sie leben. In den Vorstädten bei uns zum Beispiel sind die Leute unzufrieden und wütend, aber sie wissen nicht, warum, gegen wen



Keny Arkana, 2008

und gegen was genau. Deshalb versuche ich, bestimmte Ideen und Informationen rüber zu bringen. Heute haben Künstler mehr als Andere diese Möglichkeit. Die meisten der offiziellen Medien sind manipuliert, sie spielen eben das Spiel der Politik mit.

Du forderst in deinen Songs revolutionäre Veränderungen...

Ich glaube weder an Parteien noch an Gewerkschaften, das ist alles vom Prinzip her hierarchisch von oben nach unten strukturiert, und die Leute veröden. Für mich heißt Veränderung, es anders zu machen. Auch wenn es schwieriger ist und länger dauert, sich horizontal zu organisieren, ist es das, was man versuchen und wagen muss.

Heute ist die Politik nicht mehr national, sie ist global geworden, und zwar stark hierar-

chisch, genau wie ihre Parteien, ihre Gewerkschaften. Sie sind dazu da, dass wir unseren Frust abladen können und die Illusion haben, Teil eines Kampfes zu sein. Aber für mich findet der Kampf heute ohne ihr System statt, wir organisieren uns selber, auf lokaler Ebene und vernetzen uns. Es ist wichtig, dass sich die Leute versammeln, in einer Zeit, in der man uns stark voneinander trennt, uns stark individualisiert.

Wie sollte für dich Widerstand aussehen? In deinem Album »désobéissance« rufst du zu zivilem Ungehorsam auf.

Mit dem Gehorsam und dem Ungehorsam ist das so: Das System beeinflusst jeden und bringt dir schon Gehorsam bei, wenn du noch ein ganz kleines Kind bist. Sie bringen dir bei, dass alles hierarchisch funktioniert, dass man seinem Chef gehorchen muss und so weiter. Das ist eigentlich ein Prozess der Auflösung von Eigenverantwortung. Bei uns in Frankreich gibt es seit Sarkozy eine große Jagt auf die *sans papiers*, und zum Beispiel gab es hier immer wieder Piloten, die sich geweigert haben, das Flugzeug zu fliegen um die Leute abzuschieben, weil sie eben dagegen waren. Für mich bedeutet Ungehorsam also schon auf der persönlichen Ebene zu lernen, wie man anfängt selbständig zu denken.

Erna empfiehlt heute: »Neue Medien in der Kritik«

Seit dem 29. April ist nun die neunte Version des aggressiven Action-Spiels »Grand Theft Auto IV« auf dem Markt. Es ist der Schrecken aller Mütter und ein Skandal in den Augen des Jugendschutzes. Die kritische Berichterstattung in den Medien über das sog. »Killerspiel« wächst. Als Reaktion drohen nun erste Gamer mit Amokläufen, sollte diese tendenziöse Berichterstattung nicht sofort aufhören.

